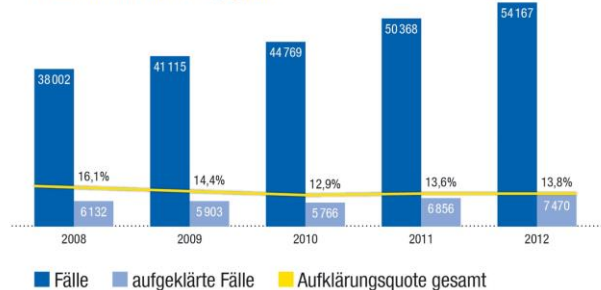


Kriminalität wirksam bekämpfen

FDP-Initiative im Landtag:
Sofortprogramm „Beute zurück“

In NRW steigt die Anzahl der Wohnungseinbrüche und in den wenigsten Fällen werden Delikte aufgeklärt. Ein Teufelskreis, weil eine geringe Aufklärungsquote auch ein geringes Risiko für Täter darstellt, als Einbrecher ertappt und bestraft zu werden. Die FDP ist der Meinung: Die Landesregierung muss auf öffentlichkeitswirksamen Aktionismus verzichten. Stattdessen muss sie durch gute Konzepte und Rahmenbedingungen für erfolgreiche Aufklärungsarbeit sorgen - unter anderem durch erhöhten Fahndungsdruck und ein Sofortprogramm „Beute zurück“. Die Einbruchkriminalität soll mit Hilfe des Internets wirksamer bekämpft werden.

Die Zahl der Einbrüche ist in den letzten drei Jahren landesweit um 30 Prozent gestiegen. Zugleich werden je 100 Einbrüche nur 13 Tatverdächtige ermittelt, ein weit geringerer Teil auch bestraft. Der materielle Gesamtschaden beläuft sich im Jahr 2012 auf 160 Millionen Euro. Viel schwerer wiegt in den meisten Fällen jedoch das traumatische Erlebnis, Opfer eines Einbruchs geworden zu sein und den Verzicht auf persönliche Erinnerungstücke verkraften zu müssen. Der Handlungsbedarf ist groß: Im Schnitt wird in NRW alle zehn Minuten in ein Haus oder eine Wohnung eingebrochen. Die FDP setzt sich deshalb für einen ganzheitlichen Ansatz bei der Einbruchsbekämpfung ein.

Kriminalität steigt: Wohnungseinbrüche NRW
Fallzahlen und Aufklärungsquote

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik – Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2012 (www.lka.nrw.de)

Prävention ist ein Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung. Ebenso wichtig ist jedoch eine gute Ermittlungsarbeit, die den Verfolgungsdruck auf die Täter erhöht. Die FDP fordert insbesondere, endlich die Vertriebskanäle der Beute durch gezielte Sachfahndung ins Visier zu nehmen. Auf diesem Weg können die Betroffenen nicht nur ihren Besitz zurückbekommen. So können auch unmittelbar oder mittelbar Täter dingfest gemacht und die Anreize für Einbrüche durch ein spürbar erhöhtes Entdeckungsrisiko verringert werden. Zudem gilt es, durch systematische Öffentlichkeitsfahndung nach Diebesgut das Potenzial der Internetkommunikation intensiver zu nutzen.

Die einzelnen Kreispolizeibehörden benötigen für eine erfolgreiche Einbruchsbekämpfung vor Ort in ausreichender Zahl motivierte Polizistinnen und Polizisten. Statt Polizeikräfte durch medienwirksamen Aktionismus zu binden und diese durch den eingeleiteten Stellenabbau und eine diffuse Besoldungspolitik zu verunsichern, muss die Landesregierung endlich für einen zielgerichteten Personaleinsatz anhand eines wirksamen Gesamtkonzeptes sorgen.

- Antrag der FDP-Fraktion – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten!
- Orth: Opfern durch Sofortprogramm „Beute zurück“ helfen

Positionen für mehr Sicherheit in NRW

„Mich besorgt der Anstieg von Wohnungseinbrüchen in NRW. Manche Diebesbeute landet bei Ebay, ohne dass eine systematische Fahndung befürchtet werden muss. Das muss sich ändern.“ **Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion** ■ [Interview mit Christian Lindner im General-Anzeiger vom 1. März 2013](#)

„Die gestiegenen Einbruchszahlen zeigen leider, dass die PR-Aktion „Riegel vor“ von Innenminister Jäger keine abschreckende Wirkung hat. Bürger in NRW müssen weiterhin stärker als früher Sorge vor Einbrüchen haben.“ **Dr. Robert Orth, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion** ■ [Pressemitteilung: Nachhaltiger Fahndungsdruck und Kontrolle der Vertriebskanäle](#)

„Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei wird im Bereich der Einbruchkriminalität offenbar zunehmend nach dem Motto „Aktenzeichen – abheften – fertig“ verfahren.“ **Marc Lürbke, Sprecher für Sicherheit und Bevölkerungsschutz der FDP-Landtagsfraktion** ■ [Plenarrede zur Haushaltsdebatte des Einzelplans des Innenministeriums](#)

FDP: Polizeiarbeit soll
politisch unabhängig sein

Polizeipräsidenten sollen in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden. Das fordert die FDP-Landtagsfraktion – eine Gesetzesinitiative wird erstmals am 24. April im Landtag beraten. Bisher seien die Polizeipräsidenten von den politischen Vorgaben der Landesregierung abhängig – das behindere eine effektive Kriminalitätsbekämpfung. Auch in anderen Bundesländern seien sie keine „politischen Beamten“ mehr.

- [Gesetzesinitiative zur Entpolitisierung der Polizei](#)